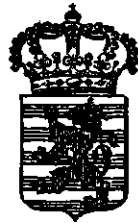


253

Memorial

des

Großherzogthums Luxemburg.



MEMORIAL

DU

GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG.

Erster Theil.

Acte der Gesetzgebung
und der allgemeinen Verwaltung.

N^o 35.

PREMIÈRE PARTIE.

ACTES LÉGISLATIFS
ET D'ADMINISTRATION GÉNÉRALE.

Samstag, 28. December 1867.

SAMEDI, 28 décembre 1867.

Königl.-Großh. Beschluß vom 25. December 1867, wodurch die Veröffentlichung des zwischen dem Großherzogthum Luxemburg und dem Norddeutschen Bunde abgeschlossenen Postvertrags angeordnet wird.

Wir **Wilhelm III.**, von Gottes Gnaden König der Niederlande, Prinz von Oranien-Nassau, Großherzog von Luxemburg, 2c., 2c., 2c.

Nach Einsicht des am 23. November 1867 zwischen dem Großherzogthum Luxemburg und dem Norddeutschen Bunde abgeschlossenen Postvertrages, dessen Ratifications-Urkunden am 16. December 1867 zu Berlin ausgetauscht worden sind;

Nach Einsicht des jenem Vertrage beigefügten Schluß-Protokolls;

Nach Einsicht des am 26. November 1867 vereinbarten, am 1. December 1867 zu Luxemburg durch den General-Director der Finanzen und am 19. des nämlichen Monats zu Berlin durch das General-Post-Amt genehmigten besondern Uebereinkommens;

Nach Einsicht des Art. 10 des Gesetzes vom 12. Januar 1855, wodurch die Regierung ermächtigt wird Verträge zur Feststellung des Portos von Briefen, Mustern, Zeitungen und Baarschaften, welche

I.

Arrêté royal grand-ducal du 25 décembre 1867, ordonnant la publication de la convention postale conclue entre le Grand-Duché de Luxembourg et la Confédération du Nord.

Nous **GUILLAUME III.**, par la grâce de Dieu, Roi des Pays-Bas, Prince d'Orange-Nassau, Grand-Duc de Luxembourg, etc., etc., etc.;

Vu le traité postal conclu le 23 novembre 1867 entre le Grand-Duché de Luxembourg et la Confédération du Nord et dont les ratifications ont été échangées à Berlin le 16 décembre 1867;

Vu le protocole final joint au dit traité;

Vu la convention particulière intervenue à la date du 26 novembre 1867 et approuvée à Luxembourg par Notre Directeur-général des finances le 1^{er} décembre 1867 et à Berlin par la Direction-générale des postes le 19 du même mois;

Vu l'art. 10 de la loi du 12 janvier 1855, autorisant le Gouvernement à faire des conventions destinées à fixer la taxe des lettres, échantillons, journaux et finances expédiés par les offices étran-

35

von auswärtigen Postämtern an diejenigen des Großherzogthums, und umgekehrt, versandt werden, abzuschließen;

Nach Einsicht des Art. 27 des Gesetzes vom 16. Januar 1866 über die Organisation des Staatsrathes und in Erwägung, daß es dringlich ist die Bestimmungen des Postvertrages, sowie diejenigen des in dem besondern Uebereinkommen erwähnten Ausführungs-Reglements in Wirksamkeit treten zu lassen;

Auf den Collectiv-Bericht Unseres Staatsministers, Präsidenten der Regierung, und Unseres General-Directors der Finanzen, und nach Beratung der Regierung im Conseil;

Haben beschlossen und beschließen:

Art. 1.

Der am 23. November 1867 zwischen dem Großherzogthum Luxemburg und dem Norddeutschen Bunde abgeschlossene Postvertrag, dessen Ratifications-Urkunden den 16. December 1867 zu Berlin ausgetauscht worden sind, soll nebst dem Schluß-Protokoll, dem besondern Uebereinkommen und dem Ausführungs-Reglement ins „Memorial“ eingerückt werden, um mit dem 1. Januar 1868 in Wirksamkeit zu treten.

Art. 3.

Unser Staatsminister, Präsident der Regierung, und Unser General-Director der Finanzen sind, jeder insofern es ihn betrifft, mit der Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt.

Walferdingen den 25. December 1867.

Für den König-Großherzog:

Desser. Statthalter im Großherzogthum,

Heinrich,

Prinz der Niederlande.

Der Staatsminister, Präsident der Regierung,
E. Servais.

Der General-Director der Finanzen,
G. d'Olmart.

de Colnet-d'Huart.

gers aux offices du Grand-Duché et réciproquement;

Vu l'art. 27 de la loi du 16 janvier 1866, portant organisation du Conseil d'Etat, et attendu qu'il y a urgence de mettre en vigueur les dispositions du traité postal ainsi que le règlement d'exécution mentionné dans la convention particulière;

Sur le rapport collectif de Notre Ministre d'Etat, Président du Gouvernement, et de Notre Directeur-général des finances, et après délibération du Gouvernement en conseil;

Avons arrêté et arrêtons:

Art. 1^{er}.

Le traité postal conclu entre le Grand-Duché de Luxembourg et la Confédération du Nord, signé le 23 novembre 1867 et dont les ratifications ont été échangées à Berlin le 16 décembre 1867, sera inséré au *Mémorial* du Grand-Duché avec le protocole final, la convention particulière et le règlement d'exécution, pour entrer en vigueur à partir du 1^{er} janvier 1868.

Art. 2.

Notre Ministre d'Etat, Président du Gouvernement, et Notre Directeur-général des finances sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent arrêté.

Walferdange, le 25 décembre 1867.

Pour le Roi Grand-Duc:

Son Lieutenant-Représentant
dans le Grand-Duché,

HENRI,

PRINCE DES PAYS-BAS

Le Ministre d'Etat, Président du Gouvernement,
E. SERVAIS.

Le Directeur-général des finances,
DE COLNET-D'HUART.

Par le Prince:
Le Secrétaire
pour les affaires
du Grand-Duché
G. D'OLMART.

Postvertrag

zwischen

Luxemburg und dem Norddeutschen Bunde.

Seine Majestät der König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg, und Seine Majestät der König von Preußen, im Namen des Norddeutschen Bundes, von dem Wunsche geleitet, die gegenseitigen postalischen Beziehungen im Hinblick auf die eingetretenen veränderten Verhältnisse neu zu regeln und zugleich umfassende Erleichterungen für den Postverkehr herbeizuführen, haben den Abschluß eines Postvertrages beschlossen und für diesen Zweck zu Ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg:

Allerhöchstihren Geschäftsträger am Königlich Preussischen Hofe, Dr. Jean Pierre Föhr;

Seine Majestät der König von Preußen:

Allerhöchstihren General-Postdirector Richard von Philippsborn,

Allerhöchstihren Geheimen Ober-Postrath Heinrich Stephan,

und

Allerhöchstihren Geheimen Postrath Adolph Feldberg,

welche auf Grund ihrer Vollmachten sich über die nachstehenden Artikel geeinigt haben.

I. Grundsätzliche Bestimmungen.

Art. 1.

Die Festsetzungen des gegenwärtigen Vertrages erstrecken sich:

- a) auf die Briefpostsendungen, welche dem Verkehr der Gebiete der hohen vertragschließenden Theile unter einander angehören: Wechselverkehr;
- b) auf die Briefpostsendungen, welche im Verkehr der vertragschließenden Gebiete mit fremden Staaten, oder fremder Staaten unter sich vorkommen, insofern bei diesem Verkehr das Gebiet des Norddeutschen Bundes und das Gebiet des Großherzogthums Luxemburg berührt werden: Durchgangsverkehr.

Anwendbarkeit
des
Vertrages.

Der Postverkehr des Großherzogthums Luxemburg mit dem Königreich Bayern, dem Königreich Württemberg und dem Großherzogthum Baden, so wie mit dem Kaiserthum Oesterreich wird als zum Wechselverkehr gehörig angesehen.

Die Bestimmungen über den inneren Briefpostverkehr bleiben den einzelnen Vertrags-Theilnehmern überlassen.

Art. 2.

Zwischen den Postverwaltungen der hohen vertragschließenden Theile soll ein geregelter Austausch der im Wechselverkehr wie im Durchgangsverkehr vorkommenden Briefpostsendungen stattfinden.

Austausch der
Postfachen.

Die Verwaltungen machen sich gegenseitig verbindlich, für möglichst schnelle Beförderung der ihnen zugeführten Briefpostsendungen Sorge zu tragen.

Die hohen vertragschließenden Theile werden darauf bedacht sein, daß den Postverwaltungen die ungehinderte Benutzung der Eisenbahnen, Dampfschiffe und ähnlicher Transportmittel überall für die Beförderung der Postsendungen thunlichst gesichert werde.

Zwischen welchen Postanstalten und Eisenbahn-Postbüreaux directe Briefartenschlüsse behufs des geregelten Austausches der Sendungen zu unterhalten sind, bleibt der nach Maßgabe des veränderlichen Bedürfnisses zu treffenden jedesmaligen Verständigung der betreffenden Postverwaltungen vorbehalten.

Art. 3.

Transitrecht.

Jede Verwaltung ist berechtigt, die Sendungen des Wechselsverkehrs über das Gebiet der andern Verwaltung in geschlossenen Briefpaketen oder Briefbeuteln, bei geringerem Umfange des Verkehrs auch stückweise, zu versenden. Dasselbe Recht wird für die Sendungen des Durchgangsverkehrs gegenseitig insoweit eingeräumt, als dieselben, nachdem sie vom Auslande eingegangen, oder bevor sie an dasselbe auszuliefern sind, noch über zwischenliegendes Gebiet eines der Vertrags-Theilnehmer Beförderung zu erhalten haben.

Für den Transit über ein Grenzgebiet sind die Bestimmungen des Artikels 36 maßgebend.

Art. 4.

Aufhebung der
Transit-
gebühren.

Die Verwaltung des Gebiets, über welches die im vorhergehenden Artikel 3 erwähnte Beförderung der Sendungen in geschlossenen Posten oder stückweise stattfindet, hat eine Gebühr nicht zu beziehen, vielmehr stellen die Vertrags-Theilnehmer die Routen ihrer Postgebiete einander für den gedachten Transit unentgeltlich zur Verfügung. Ein Gleiches gilt für den Transit von Briefpostsendungen, welche dem inneren Verkehr eines der Gebiete der hohen vertragschließenden Theile angehören.

Sollten jedoch im einzelnen Falle einer Postverwaltung auf ihrem Gebiete lediglich aus der Beförderung der Briefpostsendungen der andern Verwaltung besondere Kosten erwachsen, so werden dieselben, auf Verlangen und Nachweis, von derjenigen Verwaltung erstattet werden, welche die Beförderung in Anspruch genommen hat. Dieses Verlangen muß, sofern es sich für jenen Zweck um dauernde besondere Einrichtungen handelt, thunlichst vor Ausführung derselben an die betreffende Verwaltung mitgetheilt werden. Unter demselben Vorbehalt der Erstattung der Kosten wird dem etwaigen Ersuchen einer Verwaltung um Einrichtung eines Postcurses zur Beförderung ihre Briefpostsendungen im Gebiet der andern Verwaltung entsprochen werden.

Art. 5.

Ueberschreitung
der Posttrans-
porte auf den
Grenzen.

Bei den Verabredungen, welche hinsichtlich der Beförderung der Posttransporte auf den gegenseitigen Grenzstrecken zu treffen sind, soll, soweit nicht nach Maßgabe bestehender besonderer Einrichtungen und localer Verhältnisse andere Festsetzungen

237

angemessen erscheinen, im Allgemeinen von dem Grundsatz ausgegangen werden, daß eine jede Verwaltung für die Beförderung der Postsendungen aus ihrem Gebiet bis zur gegenüberliegenden Grenz-Poststation des benachbarten Gebiets zu sorgen hat.

Hinsichtlich der Uebersührung der Eisenbahn-Posttransporte auf den Grenzen sind die Bestimmungen der besonderen Staatsverträge beziehungsweise Special-Vereinbarungen maßgebend.

Art. 6.

Die Entfernungen im Verkehr zwischen den einzelnen Postgebieten werden ausschließlich nach geographischen Meilen zu 15 auf Einen Aequatorgrad bestimmt.

Entfernungs-
Maß.

Art. 7.

Für die Gewichtsbestimmungen beim Postverkehr ist bis auf Weiteres als Gewichtseinheit das Zollpfund mit der Einteilung in 30 Loth und der Unterabtheilung des Lothes in Zehntel maßgebend.

Gewicht.

Art. 8.

Die Zuzugirung, Vergütung und Abrechnung erfolgt in der Thaler-Währung mit Einteilung des Thalers in 30 Silbergroschen und des Silbergroschens in 12 Pfennige.

Münzwährung.

Die Zahlung der Beträge aus den vierteljährlichen Abrechnungen zwischen den Postverwaltungen geschieht in der Landesmünze derjenigen Postverwaltung, welche eine Herauszahlung zu empfangen hat.

Art. 9.

In Bezug auf die äußere Beschaffenheit und Behandlung der Postsendungen bei der Auf- und Abgabe und bei der Weiterspeditio n gelten die zwischen den Postverwaltungen zu verabredenden besondern Reglements und Instructionen beziehungsweise die Festsetzungen der Verträge mit auswärtigen Staaten.

Äußere
Beschaffenheit
u. Behandlung
der
Postsendungen.

Soweit in diesen Reglements, Instructionen und Verträgen besondere Bestimmungen nicht getroffen sind, finden die für den innern Verkehr bestehenden Vorschriften der einzelnen Postverwaltungen Anwendung.

Art. 10.

Als zur Briefpost gehörig werden angesehen:

Briefe ohne declarirten Werth,
Drucksachen, und
Waarenproben,
ferner Postanweisungen, und
Zeitungen.

{ bis zum Gewicht von
15 Loth,

Briefpostsen-
dungen.

Bei Briefen (desgleichen Acten und ähnlichen Schriftensendungen) aus dem Großherzogthum Luxemburg soll jedoch, wenn dieselben portopfl ichtig sind, ein Maximalgewicht von einem Pfund, wenn dieselben portofrei sind, ein Maximalgewicht von vier Pfunden zulässig sein.

Portofreie Briefe (desgleichen Acten und ähnliche Schriftensendungen) nach dem Großherzogthum Luxemburg sollen bis zum Gewicht von einem Pfund zugelassen werden.

II. Briefpost.

Art. 11.

Briefporto.

Das Briefporto beträgt im Wechselverkehr auf alle Entfernungen :

- a) für den gewöhnlichen frankirten Brief bis zum Gewicht von einem Zoll-Poth einschließlich 1 Silbergroschen,
bei größerem Gewicht . . 2 " ;
- b) für den gewöhnlichen unfrankirten Brief bis zum Gewicht von einem Zoll-Poth einschließlich . . 2 Silbergroschen,
bei größerem Gewicht . . 3 " .

Art. 12.

Freimarken
und Franco-
Couverts.

Die Postanstalten haben, nach näherer Anordnung der Verwaltungen, Freimarken zur Frankirung der Postsendungen für das Publicum bereit zu halten und zu demselben Betrage abzulassen, welcher durch den Franco-Stempel bezeichnet ist.

Es bleibt der Entschliebung der Postverwaltungen überlassen, den Postanstalten auch den Verkauf von Franco-Couverts aufzutragen, und, außer dem durch den Franco-Stempel bezeichneten Werthbetrage, eine den Herstellungskosten der Couverts entsprechende Entschädigung einzuhoben.

Art. 13.

Unzureichende
Frankirung.

Die mit Freimarken oder Franco-Couverts unzureichend frankirten Briefe unterliegen der Taxe für unfrankirte Briefe, jedoch unter Anrechnung des Werths der verwendeten Freimarken oder Franco-Couverts.

Die Verweigerung der Nachzahlung des Portos gilt für eine Verweigerung der Annahme der Sendung.

Art. 14.

Frankirung mit
Freimarken
oder Franco-
Couverts
einer andern
Verwaltung.

Audere Freimarken oder Franco-Couverts als diejenigen des Postgebiets, in welchem die Auslieferung der zu frankirenden Sendung stattfindet, sind ungültig. Sendungen, welche mit Marken oder Couverts eines andern Postgebiets versehen zur Auslieferung gelangen, werden als unfrankirt behandelt, und die Marken oder Couvertstempel als ungültig bezeichnet.

Sind aber dergleichen Sendungen des Wechselverkehrs nach demjenigen Gebiete bestimmt, welchem die Marken oder Couverts angehören, so zieht die empfangende Postanstalt von dem Adressaten nur das nach Abzug des Werths der Marken oder des Couvertstempels verbleibende Porto ein, oder vergütet auf sonstige Weise dem Adressaten den Betrag der unrichtig verwendeten Werthzeichen.

Art. 15.

Drucksachen.

Für Drucksachen wird im Falle der Vorausbezahlung, und wenn sie, ihrer Be-

schaffenheit nach, den reglementarischen Bestimmungen entsprechen, ohne Unterschied der Entfernung, der Einheitsatz von $\frac{1}{2}$ Silbergrößen für je 2 $\frac{1}{2}$ Loth oder einen Bruchtheil davon erhoben.

Für Drucksachen, welche unfrankirt oder unzureichend frankirt zur Absendung gelangen, oder den reglementarischen Bestimmungen nicht entsprechen, sonst aber zur Versendung mit der Briefpost sich eignen, wird das Briefporto wie für unfrankirte Briefe erhoben, jedoch unter Anrechnung des Werths der verwendeten Freimarken.

Rücksichtlich der Auslegung der reglementarischen Vorschriften über Drucksachen ist, insoweit es sich nicht um unzweifelhafte Versehen handelt, jederzeit die Ansicht der Postanstalt des Aufgabsorts maßgebend.

Art. 16.

Die Bestimmungen des vorhergehenden Artikels 15 finden auch Anwendung auf die mit der Post zu versendenden Waarenproben* (Waarenmuster).

Waarenproben
(Waaren-
muster).

Werden Waarenproben mit Drucksachen zusammengepackt, so kommt ebenfalls die im Artikel 15 festgesetzte Lage nach Maßgabe des Gesamt-Gewichts der Sendung zur Anwendung.

Art. 17.

Es ist gestattet, Briefe, Drucksachen und Waarenproben unter Recommandation abzusenden.

Recommanda-
tion.

In solchem Falle ist, außer dem Porto, eine Recommandations-Gebühr von 2 Silbergrößen zu entrichten. Dieselbe wird jederzeit zugleich mit dem Porto erhoben.

Dem Absender einer recommandirten Sendung wird auf Verlangen eine Empfangsbescheinigung des Adressaten (Rückschein, Retour-Recepisse) durch die Postanstalt beschafft. Hierfür wird eine weitere Gebühr von 2 Silbergrößen erhoben, welche der Absender bei der Einlieferung zu entrichten hat.

Art. 18.

Für eine abhanden gekommene recommandirte Sendung wird, mit Ausnahme eines durch die eigene Fahrlässigkeit des Absenders, durch Krieg, durch unabwendbare Folgen von Naturereignissen oder durch die natürliche Beschaffenheit der Sendung herbeigeführten Verlustes, dem Absender eine Entschädigung von 14 Thalern geleistet.

Ersatzleistung
für
recommandirte
Sendungen.

Für die Beschädigung einer recommandirten Sendung, sowie für den durch verzögerte Beförderung oder Bestellung einer recommandirten Sendung entstandenen Schaden wird Seitens der Post kein Ersatz geleistet.

Den recommandirten Sendungen werden in Betreff der Ersatzleistung die zur Beförderung durch Ekspresse eingelieferten Sendungen gleichgestellt.

Dem Absender gegenüber liegt die Ersatzpflicht derjenigen Postverwaltung ob, welcher die Postanstalt der Aufgabe angehört.

Der Anspruch auf Entschädigung an die Post erlischt mit Ablauf von sechs Monaten, vom Tage der Einlieferung der Sendung an gerechnet. Die Verjährung

wird durch Anbringung der Reclamation bei derjenigen Postverwaltung unterbrochen, welcher die Postanstalt der Aufgabe angehört. Ergibt hierauf eine abschlägige Bescheidung, so beginnt vom Empfange derselben eine neue Verjährungsfrist von sechs Monaten, welche durch eine Reclamation gegen jenen Bescheid nicht unterbrochen wird.

Der Ersatzanspruch kann auch von dem Adressaten in denjenigen Fällen erhoben werden, in welchen der Absender nicht zu ermitteln ist, oder die Verfolgung seines Anspruchs dem Adressaten zuweist.

Wenn eine Postverwaltung für eine erweislich nicht in ihrem Bezirk verloren gegangene recommandirte Sendung dem Absender Ersatz geleistet hat, so ist sie von derjenigen Verwaltung unverzüglich zu entschädigen, welche die Sendung von ihr übernommen hat.

Für den Verlust einer in einem Transit-Briefspäcke befindlichen recommandirten Sendung hat die transitgebende Verwaltung nur in dem Falle zu haften, wenn das ganze Briefspäcke während der Beförderung in dem Transitgebiete abhanden gekommen ist; oder wenn nachgewiesen wird, daß die recommandirte Sendung während der Beförderung im Transitgebiete in Verlust gerathen ist.

Für Verlust recommandirter Sendungen, welche auf dem Transport durch eine auswärtige Beförderungs-Anstalt eintreten, findet, insoweit nicht in Folge besonderer Verträge eine Verbindlichkeit zur Ersatzleistung besteht, ein Ersatzanspruch, den Postverwaltungen der hohen vertragschließenden Theile gegenüber, nicht statt. Ist jedoch in diesem Falle die Einlieferung innerhalb eines Postgebietes der hohen vertragschließenden Theile erfolgt, und will der Absender seine Ansprüche gegen die auswärtige Transport-Anstalt geltend machen, so hat die Postverwaltung, von welcher die Sendung unmittelbar dem Auslande zugesührt worden ist, ihm Beistand zu leisten.

Ein Ersatzanspruch für nicht recommandirte Sendungen findet gegenüber den Postverwaltungen nicht statt.

Art. 19.

Postanweisungen.

Im Wechselverkehr der Postgebiete der hohen vertragschließenden Theile können durch die Briefpost Zahlungen bis zum Betrage von 50 Thalern einschließlich im Wege des Postanweisungs-Verfahrens vermittelt werden.

Die Gebühr beträgt für Zahlungen

bis zum Betrage von 25 Thalern: 2 Silbergroschen,

im Betrage über 25 Thaler bis 50 Thaler: 4 Silbergroschen.

Der an dem Postanweisungs-Formular befindliche Coupon kann vom Absender mit schriftlichen Mittheilungen jeder Art versehen werden, ohne daß eine weitere Erhebung stattfindet.

Die Gebühr ist bei der Aufgabe-Postanstalt zu entrichten.

Auf Postanweisungen eingezahlte Beträge können auf Verlangen des Absenders durch die Postanstalt am Aufgabsorte auf telegraphischem Wege der Postanstalt, am Bestimmungsorte zur Auszahlung überwiesen werden.

In diesem Falle hat der Absender, neben der Postanweisungs-Gebühr und neben der Gebühr für das Telegramm, die Expresß-Bestellgebühr für Beforgung der Depesche im Aufgaborte vom Postbureau bis zur Telegraphen-Station, wenn letztere sich nicht im Postgebäude mit befindet, nach dem am Aufgaborte üblichen Satze zu Gunsten der Aufgabe-Postanstalt zu entrichten. Sofern die Anweisung nicht poste restante adressirt ist, sind für die Abtragung des Postanweisungs-Telegramms an den Adressaten, welche von der Auszahlungs-Postanstalt durch einen Expresßen erfolgt, die für die expresse Bestellung von Briefpostsendungen festgesetzten Gebühren (Artikel 20) einzuziehen.

Für die auf Postanweisungen eingezahlten Beträge wird von den Postverwaltungen Garantie geleistet und zwar nach denselben Grundsätzen, welche für gleichartige Fälle in dem Wechselverkehr zwischen dem Norddeutschen Postgebiet, dem Königreich Bayern, dem Königreich Württemberg und dem Großherzogthum Baden maßgebend sind.

Art. 20.

Briefpostsendungen, auf deren Adresse der Absender das schriftliche Verlangen ausgedrückt hat, daß sie durch einen Expresßen zu bestellen sind, müssen von den Post-Anstalten sogleich nach der Ankunft dem Adressaten durch einen besondern Boten zugestellt werden.

Expresß-
bestellungen.

Eine Recommandation der Expresßsendungen ist nicht erforderlich.

Für Expresß-Briefpostsendungen nach dem Orts-Bestellbezirke der Bestimmungs-Postanstalt ist die Expresß-Bestellgebühr mit dem Satze von 2½ Silbergroschen zu erheben.

Die Entrichtung dieser Gebühr kann vom Absender erfolgen, oder dem Adressaten überlassen werden.

Für Expresß-Briefpostsendungen nach dem Land-Bestellbezirke gilt als Regel, daß die Expresß-Bestellgebühr von dem Adressaten zu entrichten ist, und zwar mit dem Betrage, welcher dem Boten für die Ausführung der Expresßbestellung nach dem ortsüblichen Satze vergütet wird.

Insofern der Expresßbote Geldbeträge zu Postanweisungen mit zu überbringen hat, soll die Expresßgebühr das Doppelte des Satzes für die Expresßbestellung gewöhnlicher Briefpostsendungen betragen.

Die Expresßgebühr wird stets von der Postanstalt des Bestimmungsorts bezogen.

Art. 21.

Für Briefpostgegenstände, welche dem Adressaten an einen andern als den auf der Adresse ursprünglich bezeichneten Bestimmungsort nach gesendet werden sollen, findet aus Anlaß dieser Nachsendung ein weiterer Portoansatz nicht statt.

Nachzusendende
Briefpost-
gegenstände.

Wenn die Nachsendung nach dem Gebiete des Aufgaborts erfolgt, so wird bei unfrankirten Briefen von der Postanstalt, welche die Nachsendung bewirkt, das Porto in demselben Betrage und in derselben Münzwährung angerechnet, wie dasselbe von der Postverwaltung des Aufgabebiets angesetzt worden war, wogegen diese Post-

verwaltung den Portobetrag nach Maßgabe des für ihre Währung bestimmten Satzes erhebt.

Nachzusendende recommandirte Briefpostgegenstände werden auch bei der Nachsendung als recommandirt behandelt. Eine nochmalige Erhebung der Recommandations-Gebühr findet dabei nicht statt.

Wenn Postanweisungen des inneren Verkehrs aus Anlaß von Nachsendung in den Wechselverkehr übergehen, so unterliegen dieselben einer Nachtaxe in dem Betrage, welcher an der für den Wechselverkehr festgesetzten Postanweisungs-Gebühr nach Abzug der für den inneren Verkehr bereits erhobenen Gebühr noch fehlt. Der Betrag wird gleich dem Briefporto durch Zutaxirung eingezogen.

Art. 22.

Unbestellbare
Briefpost-
gegenstände.

Für die Rücksendung unbestellbarer Briefpostgegenstände wird ein besonderes Porto nicht angesetzt. Waren dieselben unfrankirt, so wird von der Postanstalt, welche die Rücksendung bewirkt, das für den Hinweg angesetzt gewesene Porto in demselben Betrage und in derselben Währung zurückgerechnet, wie dasselbe ursprünglich angerechnet war, wogegen die Postverwaltung des Aufgabengebiets den Portobetrag nach Maßgabe des für ihre Währung bestimmten Satzes erhebt.

Der Betrag unbestellbarer Postanweisungen wird dem Absender, sobald derselbe zu ermitteln ist, zurückgezahlt. Eine Rückerstattung der Gebühr findet nicht statt.

Art. 23.

Portobezug.

Jede Postverwaltung hat das Porto und die Recommandations-Gebühr für alle Briefe, Drucksachen und Waarenproben zu beziehen, welche bei ihren Postanstalten eingeliefert werden.

Die Gebühr für Postanweisungen wird zwischen der Postverwaltung des Aufgabengebiets und der Postverwaltung des Bestimmungslandes halbseidlich getheilt. Bei nachzusendenden Postanweisungen, welche ursprünglich dem inneren Verkehr angehörten, ist die ursprünglich erhobene Gebühr mit zur Theilung heranzuziehen.

Es bleibt der Verständigung unter den Postverwaltungen der hohen vertrags-schließenden Theile vorbehalten, den Modus des Portobezuges nach Maßgabe der sich ergebenden Erfahrungen in der Weise zu regeln, daß eine jede Verwaltung diejenigen Porto- oder Francobeträge zu beziehen hat, welche bei ihren Postanstalten eingehoben werden.

Art. 24.

Raufschreiben.

Für Raufschreiben, die von Privatpersonen veranlaßt werden, ist eine Gebühr von 2 Silbergroschen zu erheben, welche die Postverwaltung bezieht, deren Gebiet die Aufgabe-Postanstalt angehört. Ergiebt sich, daß die Reclamation durch Verschulden der Post herbeigeführt ist, so findet die Rückzahlung der Gebühr statt.

Art. 25.

Ausschließung
von
Nebengebühren.

Außer den in vorstehenden Artikeln vereinbarten Taxen und Gebühren dürfen weder für die Bestellung der Briefe, Drucksachen, Waarenproben und Postanwei-

sungen im Orts-Bestellbezirk der Postanstalt, noch für die Ertheilung von Einlieferungscheinen und die Verabfolgung von Postanweisungs-Formularen Gebühren erhoben werden.

Art. 26.

Die Correspondenz sämmtlicher Mitglieder der Regenten-Familien in den Gebieten der hohen vertragschließenden Theile wird ohne Beschränkung auf ein bestimmtes Gewicht portofrei befördert. Bestimmungen über die Portofreiheit.

Ferner werden gegenseitig portofrei befördert: die Correspondenzen in reinen Staatsdienst-Angelegenheiten von Staats- und anderen öffentlichen Behörden des einen Postgebiets mit solchen Behörden des andern, wenn sie in der Weise beschaffen sind, wie es in dem Aufgabengebiet für die Berechtigung zur Portofreiheit vorgeschrieben ist. Den Staats- und anderen öffentlichen Behörden sind in dieser Hinsicht jene allein stehenden Beamten, welche eine Behörde repräsentiren, gleichgestellt. Wegen des Maximalgewichts der portofreien Gegenstände sind die Bestimmungen des Art. 10 maßgebend.

Die Correspondenz der Gesandten an ihre Regierungen ist portopflichtig.

Der gesammte amtliche Schriftwechsel in den gemeinschaftlichen Zollangelegenheiten zwischen den Behörden und Beamten der Vereinsstaaten im ganzen Umfange des Zollvereins wird portofrei befördert; zur Begründung dieser Portofreiheit muß die Correspondenz der gedachten Art mit der äußeren Bezeichnung „Zollvereins-sache“ versehen werden.

Die bei der Absendung Seitens der Postverwaltung des Aufgabengebiets als portofreie Correspondenz bezeichneten und als solche behandelten Sendungen werden am Bestimmungsorte ohne Portoanfaß ausgeliefert.

Art. 27.

Die Postanstalten der hohen vertragschließenden Theile besorgen die Annahme der Abonnements und die Ausführung der Bestellungen auf Zeitungen und Zeitschriften, sowie deren Versendung und Abgabe an die Abonnenten. Zeitungsdebit.

Eine unentgeltliche Vertheilung von Probennummern findet nicht statt.

Art. 28.

Die Gebühr für den Debit der Zeitungen und Zeitschriften beträgt 25 Procent des Preises, zu welchem die versendende Postanstalt die Zeitung von dem Verleger empfängt (Netto-Einkaufspreis). Bei Zeitungen, welche seltener als monatlich vier Mal erscheinen, wird die Zeitungsprovision auf 12½ Procent des Netto-Einkaufspreises ermäßigt. Betrag der Zeitungsprovision.

In allen Fällen ist jedoch mindestens der Betrag von 4 Silbergroschen jährlich für jede abonnierte Zeitung oder Zeitschrift zu erheben.

Art. 29.

Die Zeitungsprovision wird zwischen der bestellenden und der absendenden Postanstalt halbscheidlich getheilt. Bezug der Zeitungsprovision.

Läßt sich der Betrag nicht ganz gleich bis auf volle Viertelsgrößen theilen, so verbleibt der größere Betrag der absendenden Postanstalt.

Art. 30.

Abonnements-
bedingungen.

Bei dem Abonnement sind die Verlagsbedingungen zunächst maßgebend.

In der Regel kann auf einen kürzeren Zeitraum als ein Vierteljahr nicht abonniert werden.

Zeitungsbestellungen auf einen längeren Zeitraum als denjenigen, welcher in der Zeitungs-Preisliste der Postverwaltung des Verlagsgebiets angegeben ist, sind nicht zulässig.

Preisänderungen für das nächste Abonnement sollen nur dann Berücksichtigung finden, wenn solche Seitens des Verlegers mindestens vier Wochen vor dem Beginn des Abonnements der Verlags-Postanstalt angezeigt werden.

Art. 31.

Zeitungs-
bestellgeld.

Die im Artikel 28 festgesetzte gemeinschaftliche Zeitungsprovision begreift nicht die Gebühr für Ablieferung der Zeitschriften in die Wohnungen der Abonnenten in sich. Die Bestimmungen über das zu erhebende Bestellgeld bleiben den einzelnen Verwaltungen überlassen.

Art. 32.

Nachsendung
von Zeitungen.

Verlangt ein Abonnent die Nachsendung einer Zeitung an einen andern als den Ort, für welchen er die Bestellung gemacht hat, so hat die Ueberweisung der Zeitung an den anderweiten Bestimmungsort nach der Wahl des Abonnenten von der Postanstalt des Bestellungs- oder von der Postanstalt des Verlagsorts zu erfolgen, und haben die betreffenden Postanstalten sich hierüber die erforderliche amtliche Mittheilung zu machen. Für die Ueberweisung der Zeitung entrichtet der Besteller bis zum Schlusse der Abonnements-Periode zu Gunsten derjenigen Postanstalt, bei welcher die Bestellung durch ihn zuerst erfolgt ist, sowie derjenigen, welche die Zeitung bei der Nachsendung zu distribuiren hat, eine zwischen beiden gleichmäßig zu theilende Gebühr von 10 Silbergrößen.

Kommen mehrmalige Ueberweisungen einer Zeitung aus einem Gebiet in das andere vor, so ist die Ueberweisungsgebühr bei jeder solchen Ueberweisung in Ansatz zu bringen. Insofern jedoch die Zeitung wieder nach dem Orte überwiesen wird, wo das Abonnement ursprünglich stattgefunden hat, ist für die desfallsige Ueberweisung eine nochmalige Gebühr nicht zu erheben.

Wenn die Nachsendung einer bisher durch die Post noch nicht bezogen, sondern von einem Abonnenten direct beim Verleger bestellten Zeitung verlangt wird, so ist für die Nachsendung die Zeitungsprovision nach Maßgabe der Bestimmungen der Artikel 28 und 30 vom Absender zu entrichten. Die Theilung erfolgt nach Artikel 29 halbscheidlich.

In gleicher Weise werden die zwischen den Zeitungs-Redactionen zur Versendung gelangenden Tausch-Exemplare behandelt.

III. Verhältnisse zu auswärtigen Postgebieten.

Art. 33.

Die Behandlung der Sendungen im Verkehr mit auswärtigen Postgebieten (Durchgangsverkehr, Artikel 1 b.) richtet sich nach den Postverträgen mit den betreffenden fremden Regierungen. Postverträge.

Bei dem Abschlusse von Postverträgen mit fremden Regierungen wird durch die Verträge dahin Vorsorge getroffen werden, daß die Erleichterungen, welche dem Postverkehr des betreffenden Auslandes mit dem Gebiet der vertragschließenden Verwaltung zu Theil werden, in gleicher Weise und unter denselben Bedingungen auch auf den durch diese Verwaltung rückweise vermittelten Correspondenz-Verkehr der andern Verwaltung mit dem betreffenden Auslande zur Anwendung gelangen.

Art. 34.

Soweit die Postverträge oder Uebereinkünfte mit auswärtigen Regierungen oder Verwaltungen besondere Bestimmungen nicht enthalten, treten für die Behandlung der Sendungen die in dem gegenwärtigen Vertrage bezüglich des Wechselverkehrs getroffenen Festsetzungen in Anwendung. Behandlung der Sendungen.

Die vom Auslande mit der Briefpost eingehende und ihrer Natur nach zur Weiterbeförderung mit der Briefpost geeigneten Sendungen sind, insofern die Vorschriften über die zollamtliche Behandlung nicht entgegenstehen, ohne Unterschied des Gewichts mit der Briefpost weiterzubefördern, und sowohl hinsichtlich der Taxirung, als auch in Betreff des Portobezuges als Briefpostsendung zu behandeln.

Art. 35.

Der Portobezug für die Briefpostsendungen regelt sich nach Maßgabe des Artikels 23 in der Weise, daß diejenige Postanstalt an der Grenze, wohin die Briefpostsendungen vom Auslande unmittelbar gelangen, in das Verhältniß eines Aufgabeeamts, und diejenige, wo sie auszutreten haben, in das Verhältniß eines Abgabeeamts tritt. Porto

Dem entsprechend wird bei dem Zeitungsverkehr mit dem Auslande die betreffende Grenz-Postanstalt als Verlags- beziehungsweise Abgabeort angesehen und danach die halbseitliche Theilung der Zeitungsprovision bewirkt.

Art. 36.

Die Großherzoglich Luxemburgische Regierung räumt der Postverwaltung des Norddeutschen Bundes das Recht ein, die Briefpostsendungen im Verkehr mit dem Auslande über das Gebiet des Großherzogthums im geschlossenen Transit unentgeltlich zu führen. Geschäftstra

Die Postverwaltung des Norddeutschen Bundes räumt der Großherzoglich Luxemburgischen Postverwaltung das Recht ein, die Briefpostsendungen im Verkehr mit den Niederlanden über das Gebiet des Norddeutschen Bundes im geschlossenen Transit unentgeltlich zu führen.

IV. Schlußbestimmungen.

Art. 37.

Ratification
und Dauer des
Vertrages.

Die Ratificationen des gegenwärtigen Vertrages sollen innerhalb drei Wochen erfolgen.

Der Vertrag tritt mit dem 1. Januar 1868 in Wirksamkeit. Derselbe ist von Jahr zu Jahr kündbar. Die Kündigung kann nur zum 1. Juli jeden Jahres erfolgen, dergestalt, daß der Vertrag demnächst noch bis ult. Juni des nächstfolgenden Jahres in Kraft bleibt.

Der Postvereins Vertrag vom 18. August 1860 tritt mit Ablauf dieses Jahres außer Wirksamkeit. Zu demselben Termine kommen die Separat-Postverträge zwischen den Theilnehmern des gegenwärtigen Vertrages insoweit in Bezug, als deren Bestimmungen mit dem Inhalt des gegenwärtigen Vertrages, sowie des darauf bezüglichen Reglements und der Ausführungs-Instruction nicht vereinbar sind.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterschrieben und besiegelt.

So geschehen zu Berlin am drei und zwanzigsten November Eintausend acht hundert und sieben und sechzig.

Jean Pierre Föhr. Richard v. Philipsborn. Heinrich Stefan.
(L. S.) (L. S.) (L. S.)

Adolf Heldberg.
(L. S.)

Schluß-Protocoll

zu dem

Postverträge zwischen Luxemburg und dem Norddeutschen Bunde.

Verhandelt Berlin, den 23. November 1867.

Die Unterzeichneten versammelten sich heute, um den in Vollmacht ihrer hohen Committenten vereinbarten Postvertrag nach vorangegangener gemeinschaftlicher Durchlesung zu unterzeichnen, bei welcher Gelegenheit noch folgende Verabredungen und Erklärungen in das gegenwärtige Schluß-Protocoll niedergelegt wurden:

I. Zu Artikel 1
des Vertrages.

- a) Da die Ausübung des Postregals in den zum Norddeutschen Bunde nicht gehörigen Gebietstheilen des Großherzogthums Hessen der Königlich Preussischen Staatsregierung zusteht, so sollen für den Postverkehr mit diesen Gebietstheilen dieselben Bestimmungen in Anwendung kommen, nach welchen der Postverkehr mit dem Norddeutschen Bunde geregelt ist.
- b) Da die Ausübung des Postregals in dem Fürstenthum Lichtenstein der Kaiserlich Königlich Oesterreichischen Staatsregierung zusteht, so wird auch der Postverkehr mit dem Fürstenthum Lichtenstein als zum Wechselverkehr gehörig angesehen.

Die im Art. 26 erwähnte Portofreiheit der Correspondenz sämtlicher Mitglieder der Regenten-Familien in den Gebieten der vertragsschließenden Theile bezieht sich nur auf die Correspondenz der Beteiligten unter sich. II. Zu Artikel 26 des Vertrages.

Den Mitgliedern der Regenten-Familien werden in Beziehung auf die Portofreiheit die Mitglieder des Fürstlich Thurn und Taxisschen Hauses gleichgestellt.

Rücksichtlich der Portofreiheit der Fürstlich Thurn und Taxisschen Verwaltungsstellen, und der solche Verwaltungsstellen repräsentirenden alleinstehenden Beamten, verbleibt es bei den durch die bestehenden Special-Übereinkommen begründeten Verhältnissen.

Die Bevollmächtigten erteilen sich gegenseitig die Zusicherung, daß ihre hohen Regierungen mit der Ratification des Vertrages zugleich auch die im gegenwärtigen Protocoll enthaltenen Verabredungen, ohne weitere förmliche Ratification derselben, als genehmigt ansehen und aufrecht halten werden. III. Zu Art. 27 des Vertrages.

Die Ratification des Vertrages für den Norddeutschen Bund erfolgt durch dessen Präsidium.

Es wird eine solche Form der Ratification gewählt werden, wodurch der Gegenstand der letzteren, ohne vollständige Einnückung der Vertrags-Artikel, hinlänglich genau bezeichnet wird.

Die Auswechselung der Ratifications-Urkunden wird in Berlin bewirkt werden.

Hiernächst wurde von den Herren Bevollmächtigten die Unterzeichnung des Vertrages und des Schluß-Protocolls in je zwei Ausfertigungen bewirkt. Geschehen wie oben.

(Geg.)

J. P. Föhr, R. v. Philippsborn, G. Stephan, A. Feldberg.

Ministerial-Erklärung.

Nachdem die Bevollmächtigten der Königlich-Großherzoglich Luxemburgischen Regierung und des Norddeutschen Bundes zur Ausführung des Postvertrages d. d. Berlin den 23. November 1867 eine protocolarische Uebereinkunft in Berlin am 26. desselben Monats abgeschlossen haben, welche Uebereinkunft in einem Exemplar abgefertigt wörtlich also lautet:

Übereinkommen

zwischen den Postverwaltungen des Großherzogthums Luxemburg und des Norddeutschen Bundes zur Ausführung des Postvertrages d. d. Berlin, den 23. November 1867.

Auf Grund des Art. 9 des unterm 23. November 1867 abgeschlossenen Post-Vertrages, sind die unterzeichneten Bevollmächtigten der Postverwaltungen der bei diesem Vertrage betheiligten Staaten zum Zwecke der Vereinbarung des zur Ausführung des Vertrages erforderlichen Reglements, so wie der Instruktion für das Expeditions-Rechnungs- und Revisions-Verfahren, zusammengetreten, und haben nach vorausgegangenen Beratungen sich dahin geeinigt, daß die Anlagen, nämlich :

1. das Reglement, und

2. die Instruction über das Expeditions-Rechnungs- und Revisions-Verfahren, von dem Termine der Ausführung des Vertrages ab gleiche Kraft und Gültigkeit wie der Vertrag selbst, haben sollen.

Hierbei wird bemerkt, daß die Bestimmungen des Reglements und der Instruction, so weit dieselben die Fahrpost betreffen, auf das Großherzogthum, woselbst das Staatspostwesen sich auf den Betrieb der Fahrpost nicht erstreckt, keine Anwendung finden, so wie daß durch die im § 1 des Reglements angegebene Norm für das Gewicht der Sendungen in Brief- oder ähnlicher Form, den Bestimmungen des Art. 10 des Vertrages, wonach für Briefe (Acten und ähnliche Schriftsendungen) im Verkehr aus dem Großherzogthum Luxemburg die Gewichtsgrenzen bis zu 1 Pfund erweitert sind, nicht präjudicirt wird.

Die Ratification des Gegenwärtigen Uebereinkommens wird durch die obersten Postbehörden der theilhaftigen Gebiete im Correspondenzwege, bewirkt werden.

Zur Urkunde dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten der Post-Verwaltungen das gegenwärtige Uebereinkommen unterschrieben.

So geschehen zu Berlin, am 26. November 1867.

Für die Postverwaltung des Großherzogthums Luxemburg,
(gez.) J.-P. FÖHR.

Für die Postverwaltung des Norddeutschen Bundes,
(gez.) v. Phillipsborn. Stephan. Heidelberg.

So wird diese Uebereinkunft Namens der Königlich-Großherzoglich Luxemburgischen Regierung hierdurch genehmigt und ratificirt.

Zu Urkund dessen ist diese Ministerial-Erklärung ausgefertigt und mit dem Königlich-Großherzoglichen Insignel versehen worden.

Luxemburg am 1. December 1867.

Der General-Director der Finanzen,
(Gez.) de Colnet-d'Euart.

Reglement

zu den

Postverträgen d. d. Berlin, den 23. November 1867.

§. 1.

Allgemeine
Beschaffenheit
der
Postsendungen.

Die mit der Post zu versendenden Briefe, Gelder und Päckereien müssen nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen gehörig adressirt, beziehungsweise gezeichnet (signirt), und haltbar verpackt und verschlossen sein.

Das Gewicht der Sendungen in Brief- oder ähnlicher Form soll ein halbes Pfund nicht übersteigen.

§. 2.

Die Adresse muß den Bestimmungsort, sowie die Person desjenigen, an welchen die Zustellung erfolgen soll, so bestimmt bezeichnen, daß jeder Ungewißheit darüber vorgebeugt wird.

Adresse.

Dies gilt auch bei solchen mit „poste restante“ bezeichneten Gegenständen, für welche die Post Garantie zu leisten hat. Bei gewöhnlichen Briefen, Drucksachen oder Waarenproben mit dem Vermerk „poste restante“ darf, statt des Namens des Adressaten, eine Angabe in Buchstaben, Ziffern u. s. w. angewendet sein.

§. 3.

Außer den, auf die Beförderung oder Bestellung einer Sendung bezüglichen Angaben darf noch der Name oder die Firma des Absenders, sonst aber soll keine einer brieflichen Mittheilung gleich zu achtende Notiz auf der Außenseite enthalten sein. Wegen der weiter zulässigen Angaben bei Waarenproben und bei Postanweisungen siehe §§. 15 und 17.

Außenseite.

Die Freimarken sind soweit als thunlich in die obere rechte Ecke der Vorderseite der Briefe u. s. w. zu kleben.

§. 4.

Jedem Pakete — d. i. jeder Fahrpostsendung, mit Ausnahme von Briefen mit declarirtem Werth und von Briefen mit Postvorschuß — muß ein Begleitbrief beigegeben sein. Derselbe kann entweder aus einem förmlich verschlossenen Briefe, der weder mit Geld noch mit sonstigen Gegenständen von angegebenem Werth beschwert ist, oder aus einer bloßen Adresse bestehen, welche jedoch mindestens aus einem Viertelbogen Papier gefertigt sein muß.

Begleitbrief
bei Packeten.

Der Begleitbrief soll das Gewicht von einem Loth in der Regel nicht übersteigen.

§. 5.

Auf dem Begleitbriefe muß die äußere Beschaffenheit der Sendung (eine Kiste bloß, eine Kiste in Leinen, ein Faß u. s. w.), ferner die Bezeichnung (Signatur), und wenn der Werth declarirt wird, die Werthangabe enthalten sein.

Erfordernisse
eines
Begleitbriefes.

Der Begleitbrief muß mit einem Abdruck des Pachtschests versehen werden, welches zur Versiegelung des Packets benutzt ist. Für gewöhnlich ist der Abdruck in Siegellack herzustellen. Auf Begleitbriefen zu Packeten ohne Werthdeclaration ist aber auch ein farbiger Stempel-Abdruck zulässig, insofern derselbe dem zum Verschlusse des Packets dienenden Pachtschests-Abdruck in Siegellack nach Form und Inhalt im Wesentlichen entspricht.

§. 6.

Zu einem Begleitbriefe können zwar mehrere Pakete gehören, jedoch nicht zu gleich Pakete mit und solche ohne Werthdeclaration.

Mehrere Pakete
zu einem
Begleitbriefe.

I.

Gehören mehrere Pakete mit WerthdeclARATION zu einem Begleitbriefe, so muß auf demselben der Werth eines jeden Pakets besonders angegeben sein.

§. 7.

Signatur. Die Bezeichnung (Signatur) einer Sendung soll in der Regel aus der vollständigen Adresse oder aus mehreren großen lesbaren Buchstaben oder Zeichen, darf aber niemals aus Nummern allein bestehen; dieselbe muß den Bestimmungsort übereinstimmend mit der Bezeichnung auf dem Begleitbriefe enthalten.

Bei nach- oder zurückzusendenden Gegenständen muß die Bezeichnung des Bestimmungsortes von der Postanstalt kostenfrei entsprechend abgeändert werden.

Die Signatur muß dauerhaft und haltbar sein. Ein Auflösen von Signaturen mittelst eines Stückes Papier u. s. w. auf Sendungen mit declarirtem Werth ist unzulässig. Es empfiehlt sich, bei Geldsäcken und Geldbeuteln die Signatur, falls dieselbe nicht unmittelbar auf der Verpackung angebracht ist, auf sogenannten Fahnen von Pappe oder steifem Papier, welche an den Kropf gehörig befestigt sind, herzustellen.

Falls bei Sendungen ohne declarirten Werth die Signatur nicht auf die Sendung selbst, sondern auf ein Stück Papier geschrieben wird, darf letzteres der Sendung nicht aufgelegt, sondern muß mit Klebstoff der ganzen Fläche nach aufgeklebt werden.

§. 8.

Declaration. Wenn von der Declaration des Werths einer Sendung Gebrauch gemacht wird, so muß dieselbe bei Briefen auf der Adresse des Briefes, und bei anderen Sendungen sowohl auf der Adresse des Begleitbriefes, als auf der dazu gehörigen Sendung bei der Signatur, angegeben werden.

Die Declaration des Werths einer Sendung hat in der Thatsache beziehungsweise Guldenwährung zu erfolgen. Der declarirte Werth soll den gemeinen Werth der Sendung nicht übersteigen. Besteht eine Sendung aus fremden Geldsorten oder aus Goldmünzen, so hat der Aufgeber (und ausbühlsweise der annehmende Postbeamte) die Reduction vorzunehmen und danach den Werth der Sendung auf der Adresse auszudrücken.

Bei der Versendung von courshabenden Papieren und Documenten ist der Coursewerth, welchen dieselben zur Zeit der Einlieferung haben, bei der Versendung von hypothekarischen Papieren, Wechseln und ähnlichen Documenten derjenige Betrag anzugeben, welcher zur Erlangung einer rechtsgültigen neuen Ausfertigung des Documentes oder zur Beseitigung der aus dem Verluste entstehenden Hindernisse, die verbriefte Forderung einzuziehen, voraussichtlich zu verwenden sein würde. Ist aus der Declaration zu ersehen, daß dieselbe den vorstehenden Regeln nicht entspricht, so kann die Sendung zur Berichtigung der Declaration zurückgegeben werden. Ist letzteres aber auch nicht geschehen, so darf dennoch aus einer irrtümlich zu hohen Declaration ein Anspruch auf Erstattung des entsprechenden Theils der Affecuranz-Gebühr nicht hergeleitet werden.

In der Entnahme eines Postvorschusses auf einer Sendung ist eine Werthde-

laration des Inhalts nicht zu finden, und wird daher für Sendungen mit Postvorschuß eine Affecuranz-Gebühr neben der Postvorschuß-Gebühr nur dann erhoben, wenn neben der Angabe des Vorschußes auf der Sendung ausdrücklich ein Werth angegeben ist.

§. 9.

Die Verpackung der Sendungen muß nach Maßgabe der Transportstrecke, des Umfangs der Sendung und der Beschaffenheit des Inhalts haltbar und sichernd eingerichtet sein.

Verpackung.

Bei Gegenständen von geringerem Werth, welche nicht unter Druck leiden, und nicht Fett oder Feuchtigkeit absetzen, ferner bei Acten oder Schriftsendungen, genügt im Allgemeinen bei einem Gewicht bis zu ungefähr sechs Pfund, wenn die Dauer des Transports verhältnißmäßig kurz ist, eine Emballage von haltbarem Packpapiere mit angemessener Verschnürung.

Auf größere Entfernungen zu versendende Gegenstände, sowie alle schwereren Gegenstände, müssen, insofern nicht der Inhalt und Umfang eine andere festere Verpackung erfordert, mindestens in mehrfachen Umschlägen von starkem Papier verpackt sein.

Sendungen von bedeutenderem Werth, insbesondere solche, welche durch Rässe, Reibung oder Druck leicht Schaden leiden, z. B. Spitzen, Seidenwaaren u. s. w., müssen nach Maßgabe ihres Werths, Umfangs und Gewichts in genügend sicherer Weise in Wachleinwand, Pappe (Pappdeckel), in gut beschaffenen und nach Umständen emballirten Kisten u. s. w. verpackt sein.

Sendungen mit einem Inhalt, welcher anderen Postsendungen schädlich werden könnte, müssen so verpackt sein, daß eine solche Beschädigung fern gehalten wird. Mit Flüssigkeiten angefüllte kleinere Gefäße (Flaschen, Krüge u. s. w.) sind noch besonders in starken Kisten, Kübeln oder Körben zu verwahren. Fässer in denen Flüssigkeiten zur Versendung kommen, müssen stark bereift, und die Reifen gehörig befestigt sein.

Sendungen mit frischen Weintrauben dürfen, außer in einer festeren Verpackung, namentlich in Kisten, Schachteln u. s. w., auch in Körben aus geflochtenen Weiden, welche mit einem Deckel von gleichem Stoffe geschlossen sind, verpackt werden, insofern nicht mit Rücksicht auf die Beschaffenheit der Trauben bereits bei der Aufgabe, oder auf die bedeutende Entfernung des Bestimmungsorts, das Absetzen von Feuchtigkeit in größerem Maße zu besorgen ist.

Sendungen von Blutegeln müssen so beschaffen sein, daß von dem Inhalt des Gefäßes nichts herausdringen kann.

Wird, welches nicht mehr blutet, darf unverpackt versendet werden.

Wenn in Folge fehlerhafter Verpackung einer Sendung während ihres Transports eine neue Verpackung nöthig wird, so werden die Kosten der letzteren von dem Adressaten eingezogen. Doch wird die Postanstalt die von dem Adressaten ausgelegten Kosten erstatten, wenn der Absender die Entrichtung derselben nachträglich übernimmt.

§ 10.

Verschluss.

Der Verschluss einer jeden Postsendung muß haltbar und so eingerichtet sein, daß ohne Beschädigung oder Eröffnung desselben dem Inhalte nicht beizukommen ist. Wegen der Drucksachen und wegen der Waarenproben siehe §§ 14 und 15.

Bei Briefen nach Gegenden unter heißen Himmelsstrichen darf zum Verschluss Siegellack oder ein anderes, durch Wärme sich auflösendes Material nicht benutzt werden.

Der Verschluss eines jeden Pakets muß in Befestigung der Schlüsse durch Siegellack mit Abdruck eines ordentlichen Perschafts bestehen.

Wird eine Verschnürung angebracht, so muß dieselbe so beschaffen und festgestelt sein, daß sie ohne Verletzung des Siegelverschlusses nicht abgestreift oder geöffnet werden kann.

Wegen der Briefe mit declarirtem Werth siehe den ersten Absatz von § 11.

§ 11.

**Verpackung
und Verschluss
der Sendungen
mit declarirtem
Werth.**



Briefe mit declarirtem Werth (Gold, Silber, Papiergeld, Werthpapieren u. s. w.) müssen mit einem haltbaren Kreuz-Couvert versehen und mit fünf gleichen Siegeln nach Maßgabe der nebenstehenden Zeichnung gut verschlossen sein.

Geldstücke, welche in Briefen versandt werden, müssen in Papier oder dergleichen eingeschlagen, und innerhalb des Briefes so befestigt sein, daß eine Veränderung ihrer Lage während des Transports nicht stattfinden kann.

Schwerere Geldsendungen sind in Pakete, Beutel, Kisten oder Fässer fest zu verpacken.

Sendungen bis zum Gewicht von 3 Pfund, sofern der Werth bei Papiergeld nicht 3000 Thlr. oder 5000 Fl. und bei baarem Gelde nicht 300 Thlr. oder 500 Fl. übersteigt, dürfen in Paketen von starkem, mehrfach umgeschlagenen und gut verschnürten Papier eingeliefert werden.

Bei schwererem Gewicht und bei größeren Summen muß die äußere Verpackung in haltbarem Leinen, in Wachseleinwand oder Leder bestehen, gut umschnürt und vernäht, sowie die Naht hinlänglich oft versiegelt sein.

Geldbeutel und Säcke, welche nicht in Fässern u. s. w. versandt werden, können in dem Falle aus einfacher starker Leinwand bestehen, wenn das Geld darin gehörig eingerollt, oder zu Bündchen vereinigt enthalten ist. Andernfalls müssen die Beutel aus wenigstens doppelter Leinwand hergestellt sein. Die Naht darf nicht auswendig und der Kropf nicht zu kurz sein. Da, wo der Knoten geschürzt ist, und außerdem über beiden Schnur-Enden muß das Siegel deutlich aufgedrückt sein. Die Schnur, welche den Kropf umgiebt, muß durch den Kropf selbst hindurch gezogen werden. Dergleichen Sendungen sollen nicht über 50 Pfund schwer sein.

Die Geldkisten müssen von starkem Holz angefertigt, gut gefügt und fest vernagelt sein, oder gute Schlösser haben; sie dürfen nicht mit überstehenden Deckeln versehen, die Eisenbeschläge müssen fest und dergestalt eingelassen sein, daß sie an-

dere Gegenstände nicht zerstoßern können. Ueber 50 Pfund schwere Kisten müssen gut bereist und mit Handhaben (Handschlingen) versehen sein.

Die Geldfässer müssen gut bereist, die Schlußreifen angenagelt und an beiden Böden dergestalt verschnürt und versiegelt sein, daß ein Oeffnen des Fasses ohne Verletzung der Umschnürung oder des Siegels nicht möglich ist.

Bei Packeten mit baarem Gelde in größeren Beträgen muß der Inhalt gerollt sein. Gelder in Fässern oder Kisten müssen in Beuteln oder Packeten verpackt sein.

§. 12.

Zur Versendung mit der Post dürfen nicht aufgegeben werden: Gegenstände, deren Beförderung mit Gefahr verbunden ist, namentlich alle durch Reibung, Luftzudrang oder Druck und sonst leicht entzündliche Sachen, sowie ätzende Flüssigkeiten. Dahin gehören z. B. Schießpulver, Feuerwerks-Gegenstände, Reib- oder Streichzündker, Schießbaumwolle, Phosphor, Knallsilber, Pyropapier, Sprengöl oder Nitroglycerin, Aether oder Naphta, Photogen, Petroleum, Mineralsäuren u. s. w. Ebenso bleiben gefettete Wolle, Kienrußschwärze u. s. w. von der Versendung mit der Post ausgeschlossen.

Von der
Postbeförderung
ausgeschlossene
Gegenstände.

Die Postanstalten sind befugt, in Fällen des Verdachts, daß die Sendungen Gegenstände der obigen Art enthalten, vom Aufgeber die Declaration des Inhalts zu verlangen.

Diejenigen, welche derartige Sachen unter unrichtiger Declaration oder mit Verschweigung des Inhalts der Sendung zur Post aufgeben, haben — vorbehaltlich der Bestrafung nach den Landesgesetzen — für jeden entstehenden Schaden zu haften.

§. 13.

Flüssigkeiten, desgleichen Sachen, die dem schnellen Verderben und der Fäulniß ausgesetzt sind, unförmlich große Gegenstände, sowie Bäume, Sträucher und dergleichen, ferner lebende Thiere, können von den Postanstalten zurückgewiesen werden.

Zur
Postbeförderung
bebingt
zugelassene
Gegenstände.

Für dergleichen Gegenstände, wenn dieselben dennoch zur Beförderung angenommen werden, sowie für leicht zerbrechliche Gegenstände und für in Schachteln verpackte Sachen, leistet die Postverwaltung keinen Ersatz, wenn durch die Natur des Inhalts der Sendung oder durch die Beschaffenheit der Verpackung auf dem Transport eine Beschädigung oder ein Verlust entstanden ist.

Die im zweiten Absatz des § 12 ausgesprochene Befugniß der Postanstalten, Declaration des Inhalts zu verlangen, tritt auch in solchen Fällen ein, in welchen Grund zu der Annahme vorliegt, daß die Sendungen Flüssigkeiten, dem schnellen Verderben und der Fäulniß ausgesetzte Sachen, oder lebende Thiere enthalten.

Wenn Flüssigkeiten als solche nicht declarirt sind, so hat der Absender den Schaden zu ersetzen, welcher in Folge der Beförderung derartiger Sendungen anderen Postgütern verursacht wird.

Zündhütchen müssen in Kistchen fest und gut von außen und innen verpackt und als solche sowohl auf der Adresse als auf der Sendung selbst declarirt werden. Der

Aufgeber ist, wenn er diese Bedingungen nicht eingehalten hat, für den aus allenfalliger Explosion entstehenden Schaden haftbar.

Das Gewicht eines Pakets (einer Kiste, eines Fasses u. s. w.) soll im Allgemeinen 100 Pfund nicht erheblich übersteigen.

§. 14.

Drucksachen.

Gegen die für Drucksachen festgesetzte ermäßigte Taxe können befördert werden: alle gedruckte, lithographirte, metallographirte, photographirte oder sonst auf mechanischem Wege hergestellte, nach ihrem Format und ihrer sonstigen Beschaffenheit zur Beförderung mit der Briefpost geeignete Gegenstände, einschließlich gebundener oder brochirter Bücher. Ausgenommen hiervon sind die mittelst der Copirmaschine oder mittelst Durchdrucks hergestellten Schriftstücke.

Die Sendungen müssen offen, und zwar entweder unter schmalem Streif- oder Kreuzband, oder aber in einfacher Art zusammengefaltet eingeliefert werden. Das Band muß dergestalt angelegt sein, daß dasselbe abgestreift, und die Beschränkung des Inhalts der Sendung auf Gegenstände, deren Versendung unter Band gestattet ist, erkannt werden kann.

Die Sendungen können auch aus offenen Karten (Geschäftsavis, Preiscourante, Familien-Anzeigen und dergl. enthaltend) bestehen. Die Karte muß aus einem festen Papier angefertigt sein, und die Größe derselben soll nicht wesentlich von dem Maß eines Postanweisungs-Formulars oder eines gewöhnlichen Briefcouverts abweichen.

Die Adresse kann auf dem Streif- oder Kreuzbände oder aber auf der Sendung selbst angebracht sein. Der Sendung kann eine innere, mit der äußern übereinstimmende Adresse beigelegt werden.

Mehrere Gegenstände dürfen unter einem Bände versendet werden, sofern sie von demselben Absender herrühren und überhaupt zur Versendung unter Band gegen die ermäßigte Taxe geeignet sind; die einzelnen Gegenstände dürfen aber alsdann nicht mit verschiedenen Adressen oder besonderen Adressumschlägen versehen sein.

Circulare zc. von verschiedenen Absendern dürfen nur dann, wenn sie auf ein und demselben Blatte oder Bogen gedruckt, lithographirt oder metallographirt sind, unter einem Bände versendet werden.

Die Versendung der bezeichneten Gegenstände gegen die ermäßigte Taxe ist unzulässig, wenn dieselben, nach ihrer Fertigung durch Druck u. s. w., irgend welche Zuläge, — mit Ausnahme des Orts, Datums und der Namensunterschrift beziehungsweise Firmazeichnung —, oder Aenderungen am Inhalte erhalten haben. Es macht dabei keinen Unterschied, ob die Zuläge oder Aenderungen geschrieben oder auf andere Weise bewirkt sind, z. B. durch Stempel, durch Druck, durch Ueberkleben von Worten, Ziffern oder Zeichen, durch Punktiren, Unterstreichen, Durchstreichen, Ausradiren, Durchstechen, Ab- oder Ausschneiden einzelner Worte, Ziffern oder Zeichen u. s. w. Anstriche am Rande zu dem Zweck, die Aufmerksamkeit des Lesers auf eine bestimmte Stelle hinzulenken, sollen jedoch gestattet sein.

Auf der innern oder äußern Seite des Bandes dürfen Zusätze irgend welcher Art, welche keinen Bestandteil der Adresse bilden, sich nicht befinden, mit Ausnahme des Namens, der Firma, sowie des Wohnorts des Absenders.

Unter die verbotenen Zusätze ist das Coloriren von Modelbildern, Landkarten u. nicht zu rechnen; die Bilder und Karten dürfen aber keine Handzeichnung, sondern müssen durch Holzschnitt, Lithographie, Stahlstich, Kupferstich, Photographie u. s. w. hergestellt sein.

Bei Preiscouranten, Courszetteln und Handelscircularen ist, außer den, nach den Vorschriften im siebenten Absatz dieses Paragraphen anwendbaren Zusätzen, die handschriftliche Eintragung der Preise, sowie des Namens des Reisenden, ferner die handschriftliche oder auf mechanischem Wege bewirkte Aenderung der Preisansätze, sowie des Namens des Reisenden gestattet.

Den Correcturbogen können Aenderungen und Zusätze, welche die Correctur, die Ausstattung und den Druck betreffen, hinzugefügt; auch kann denselben das Manuscript beigelegt werden. Die bei Correcturbogen erlaubten Zusätze können in Ermangelung des Raums auch auf besonderen, den Correcturbogen beigelegten Zetteln angebracht sein.

Sendungen, welche sich zur Beförderung gegen die ermäßigte Taxe nicht eignen, können vor der Absendung dem Aufgeber zurückgestellt werden.

Drucksachen müssen frankirt sein und dürfen das Gewicht von $\frac{1}{2}$ Pfund nicht übersteigen. Zur Frankirung sind thunlichst Postfreimarken zu verwenden.

§ 15.

Gegen die für Waarenproben (Waarenmuster) bei ihrer Beförderung mit der Briefpost festgesetzte ermäßigte Taxe werden nur wirkliche Waarenproben zugelassen, die an sich keinen eigenen Kaufwerth haben. Flüssigkeiten, Glasgefäße, scharfe Instrumente und dergl. sind zu einer dergleichen Versendung als Waarenproben nicht geeignet.

Waarenproben
(Waaren-
muster).

Hinsichts der Verpackung gilt als Bedingung, daß der Inhalt der Sendungen als in Waarenproben bestehend leicht erkannt werden kann. In der Regel wird zwischen der Verpackung unter Band (Kreuz- oder Streifband), z. B. für Leinen-, Tuch-, Tapeten u. s. Proben, und der Verpackung in Säcken, z. B. für Getreide-, Kaffee-, Sämerei- und ähnliche Proben zu wählen sein. Die Säcke müssen zugebunden oder zugeschnürt, dürfen aber weder zugeklebt noch mittelst der Umschnürung versiegelt sein. Bei Anwendung solcher Säcke oder ähnlicher Behälter muß die Adresse—auf festem Papier oder anderem geeigneten Stoffe von zweckentsprechender Größe—gehörig haltbar angehängt sein.

Die Adresse muß, außer dem Namen des Empfängers und des Bestimmungsorts, den Vermerk „Proben“ („Muster“) enthalten. Auf der Adresse dürfen außerdem angegeben sein:

- der Name oder die Firma des Absenders,
- die Fabrik- oder Handelszeichen einschließlich der nähern Bezeichnung der Waare,
- die Nummern, und
- die Preise.

Soweit die Versendung unter Band erfolgt, dürfen diese Angaben, statt auf der Adresse, bei oder an jeder Probe für sich angebracht sein.

Außer den vorstehenden Angaben dürfen die Sendungen keine handschriftlichen Mittheilungen oder Vermerke irgend welcher Art enthalten.

Es ist nicht gestattet, der Waarenprobe einen Brief beizuschließen oder anzuhängen, oder unter einem Bande anderweite besondere Sendungen unter Band, die wiederum für sich förmlich adressirt sind, zu vereinigen. Dagegen ist die Vereinigung von Drucksachen und von Waarenproben durch einen und denselben Absender zu einem Versendungsobject gestattet. Die Drucksachen müssen in diesen Fälle den Bestimmungen des §. 14 entsprechen.

Die Sendungen müssen frankirt sein und dürfen das Gewicht von $\frac{1}{2}$ Pfund nicht übersteigen. Zur Frankirung sind thunlichst Postfreimarken zu verwenden.

§. 16.

Recommandirte Sendungen. Briefe, Drucksachen und Waarenproben, welche unter Recommendation abgesandt werden sollen, müssen von dem Absender mit einer dieses Verlangen ausdrückenden Bezeichnung (recommandirt, chargé, empfohlen) versehen werden.

Ueber eine recommandirte Sendung wird dem Absender ein Einlieferungsschein ertheilt.

Wünscht der Absender eines recommandirten Briefes u. s. w. eine von dem Adressaten aufzustellende Empfangsbescheinigung (Rückschein, Retour-Recepisse) zu erhalten, so muß ein solches Verlangen durch die Bemerkung „gegen Rückschein“ („Retour-Recepisse“) auf der Adresse ausgedrückt sein, und der Absender sich namhaft machen.

Die Postanstalt ist nicht verpflichtet, Briefpostsendungen, die mit dem Recommendations-Zeichen versehen im Briefkasten vorgefunden werden, als recommandirt zu behandeln, es sei denn, daß dieselben vollständig, einschließlich der Recommendations-Gebühr, mit Marken frankirt sind.

§. 17.

Postanweisungen.

Die Einzahlung von Beträgen, welche an einen bestimmten Empfänger wieder ausgezahlt werden sollen, findet auf Postanweisungen statt. Die Festsetzung des Termins der Einführung des Postanweisungs-Verfahrens für den Verkehr mit Oesterreich bleibt vorbehalten.

Zu den Postanweisungen werden gedruckte Cartons verwendet, welche von den Postanstalten unentgeltlich verabfolgt werden. Ein Brief darf mit der Postanweisung nicht vereinigt sein.

Auf der Postanweisung muß der Betrag in der Thaler- beziehungsweise Guldenwährung — die Thaler- oder Guldensumme in Zahlen und in Buchstaben — ausgedrückt sein.

Der der Postanweisung angefügte Coupon kann vom Absender zu schriftlichen Mittheilungen jeder Art benutzt werden.

Die Gebühr für Zahlungen mittelst Postanweisung ist vom Absender im Voraus zu entrichten, möglichst durch Verwendung von Postfreimarken.

Ueber die Postanweisung wird dem Aufgeber ein Einlieferungsschein erteilt.

Das Verfahren der Recommandation findet bei dem Postanweisungs-Verkehr keine Anwendung.

Postanweisungen mit dem Vermerk »poste restante«, sowie solche, welche durch Expressen bestellt werden sollen, sind zulässig.

Die Auszahlung des angewiesenen Betrages erfolgt, nachdem der Adressat die auf der Postanweisung befindliche Quittung durch Einsetzung des Orts und Datums, sowie durch Hinzufügung seiner Namensunterschrift vollzogen hat, gegen Rückgabe der Postanweisung. Der der Postanweisung angefügte Coupon kann von dem Adressaten zurückbehalten werden.

Die Auszahlung findet in der Thaler- beziehungsweise Guldenwährung statt. Die Reduction des eingezahlten Betrages ist Seitens der Postanstalt thunlichst genau, jedoch mit der Maßgabe zu bewirken, daß bei der Auszahlung Bruchpfennige oder Bruchkreuzer unberücksichtigt bleiben.

Die Erhebung des Geldbetrages bei der Postanstalt am Bestimmungsorte muß spätestens innerhalb 14 Tage, vom Tage der Aushändigung der Postanweisung an den Adressaten gerechnet, erfolgen. Andernfalls wird die Rückzahlung des Geldes an den Aufgeber eingeleitet, oder, sofern derselbe nicht zu ermitteln ist, das für unbestellbare Sendungen im Bezirk der Aufgabet-Postanstalt vorgeschriebene Verfahren zur Anwendung gebracht.

Stehen der Postanstalt am Bestimmungsorte die erforderlichen Geldmittel augenblicklich nicht zur Verfügung, so kann die Auszahlung erst verlangt werden, nachdem die Beschaffung der Mittel erfolgt ist.

Wenn dem Adressaten eine Postanweisung abhanden kommen sollte, so hat derselbe der Postanstalt am Bestimmungsorte von dem Verluste rechtzeitig Mitteilung zu machen. Von der Ankunfts-Postanstalt wird alsdann bei etwaiger Vorlegung der von dem Adressaten als verloren angegebenen Anweisung die Zahlung bis auf Weiteres ausgesetzt. Es ist Sache des Adressaten, durch Vermittelung des Absenders bei der Aufgabet-Postanstalt die Ueberendung eines vom Absender auszufertigenden Duplicats der fraglichen Postanweisung behufs Erhebung des eingezahlten Betrages zu erwirken. Bei der Einlieferung des Duplicats muß der bei der Aufgabet-Postanstalt abhanden gekommenen Postanweisung erteilte Einlieferungsschein von dem Aufgeber vorgelegt werden. Die Ueberendung des Duplicats vom Aufgabet- nach dem Bestimmungsorte erfolgt kostenfrei.

§. 18.

Auf Postanweisungen eingezahlte Beträge können auf Verlangen des Absenders durch die Postanstalt am Aufgabetorte auf telegraphischem Wege der Postanstalt am Bestimmungsorte zur Auszahlung überwiesen werden, wenn sowohl am Aufgabet- als auch am Bestimmungsorte eine dem öffentlichen Verkehr dienende Telegraphen-Station sich befindet.

Depeschen-
Anweisungen.

Im Falle ein solches Verlangen ausgesprochen wird, liegt die Ausfertigung des Telegramms, vermittelt dessen die Ueberweisung erfolgt, der Postanstalt des Aufgaborts ob. Wünscht der Absender durch dieses Telegramm weitere, auf die Verfügung über das Geld bezügliche Mittheilungen zu machen, so muß er diese der Postanstalt am Aufgaborte schriftlich übergeben, welche sie in das abzulaufende Telegramm mit aufnimmt.

Die Postanstalt des Bestimmungsorts hat gleich nach Empfang der Ueberweisungs-Depesche dieselbe dem Adressaten durch einen expressen Boten zuzustellen. Die Auszahlung des angewiesenen Betrages erfolgt gegen Rückgabe der mit der Quittung des Empfängers versehenen Ueberweisungs-Depesche.

§. 19.

Postvorschuss-
sendungen.

Sendungen, auf welchen ein Postvorschuss (Nachnahme) haftet, müssen auf der Adresse den Vorschussbetrag mit den Worten:

„Vorschuss (Nachnahme) von“

in der Thaler- beziehungsweise Guldenwährung — die Thaler- oder Guldensumme in Zahlen und in Buchstaben — ausgedrückt enthalten.

Die Entnahme von Postvorschüssen auf recommandirte Sendungen ist unstatthaft. Wenn Postvorschüsse auf Drucksachen oder auf Waarenproben entnommen werden, so unterliegen dergleichen Sendungen demselben Porto wie gewöhnliche Briefe mit Postvorschuss.

Die Festsetzung des Termins der Einführung von Postvorschüssen für den Verkehr mit Oesterreich bleibt vorbehalten.

Sofern nicht bei Einlieferung der Sendung die Zahlung des Vorschusses erfolgt, erhält der Absender bei der Aufgabe eine Bescheinigung, daß der Betrag des Vorschusses ausgezahlt werden solle, sobald die Sendung von dem Adressaten eingelöst worden sei.

Eine Vorschussendung darf nur gegen Verichtigung des Vorschussbetrages ausgehändigt werden. Die Einziehung des Vorschussbetrages findet in der Thaler- beziehungsweise Guldenwährung statt. Die Reduction des als Vorschuss entnommenen Betrages ist Seitens der Postanstalt thunlichst genau, jedoch mit der Maßgabe zu bewirken, daß bei der Einziehung Bruchpfennige oder Bruchkrenzer auf volle Pfennige oder Kreuzer abgerundet werden. Eine Vorschussendung muß spätestens 14 Tage, nach dem Eingange, der Postanstalt am Aufgaborte zurückgesandt werden, wenn sie innerhalb dieser Frist nicht eingelöst wird. Dieses gilt auch von Vorschussendungen mit dem Vermerk «poste restante».

Die Zurückgabe der nicht eingelösten Vorschussendung erfolgt an den legitimirten Absender, unter Einforderung der im Falle der Reservirung des Postvorschusses erteilten Bescheinigung. Ist es eine Sendung mit declarirtem Werth, so werden außerdem die Vorschriften beachtet, welche für Zurückgabe solcher Sendungen erlassen sind.

Erst durch die Einlösung einer Vorschussendung erwächst der Aufgabe-Postanstalt die Verbindlichkeit zur Auszahlung des Vorschussbetrages. Von der erfolgten Ein-

lösung muß der Postanstalt am Aufgabcorte mit nächster Post Nachricht gegeben werden, und diese zahlt hierauf den Vorschußbetrag an demjenigen aus, welcher die Bescheinigung über Reservierung des Vorschusses zurückgibt. Die Postanstalt ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Legitimation desjenigen zu prüfen, welcher den Schein präsontirt.

Wird eine Vorschußsendung, auf welche der Betrag des Vorschusses an den Absender gezahlt worden ist, Seitens des Adressaten nicht eingelöst, so muß der Absender den erhobenen Betrag zurückzahlen.

Die Postvorschuß-Gebühr ist auch dann zu entrichten, wenn der Adressat die Vorschußsendung nicht einlösen sollte.

§ 20.

Sendungen, welche sogleich nach der Ankunft dem Adressaten besonders zugestellt werden sollen, müssen auf der Adresse einen Vermerk tragen, welcher unzweideutig das Verlangen ausdrückt, daß die Bestellung an den Adressaten sogleich nach der Ankunft durch besondern Boten erfolgen solle. Hierher sind beispielsweise folgende Vermerke zu rechnen:

- „durch Expressen zu bestellen,
- „per express,
- „per express zu bestellen,
- „per express zu befördern,
- „durch besondern Boten zu bestellen,
- „sotort zu bestellen.“

Durch Expressen
zu bestellende
Sendungen.

Bezeichnungen, wie cito, citissime, pressant, dringend, eilig u., sind nicht als das Verlangen der Expressbestellung ausdrückend anzusehen.

Die absendende Postanstalt ist berechtigt, die Expressbehandlung der Sendungen nach dem Land-Bestellbezirk der Bestimmungs-Postanstalt von der Hinterlegung eines dem Botenlohn entsprechenden Betrages abhängig zu machen.

§ 21.

Alles, was nicht den vorstehenden Bestimmungen gemäß adressirt, signirt, verpackt und verschlossen ist, kann dem Absender zur vorschriftsmäßigen Adressirung, Signirung, Verpackung und Verschließung zurückgegeben werden.

Behandlung
reglements-
widrig
beschaffener
Sendungen.

Verlangt jedoch der Eintieferer, der ihm geschehenen Bedeutung ungeachtet, die Beförderung der Sendung in ihrer mangelhaften Beschaffenheit, so muß solche insoweit geschehen, als aus den gerügten Mängeln ein Nachtheil für andere Postgüter oder eine Störung der Ordnung im Dienstbetriebe nicht zu befürchten ist, der Eintieferer auch auf Ersatz und Entschädigung verzichtet und diese Verzichtleistung auf der Adresse durch die Worte: „auf meine Gefahr“ ausdrückt und unterschreibt. Wird über die Sendung ein Eintieferungsschein ertbeilt, so hat die Postanstalt über die Verzichtleistung des Absenders auf dem Scheine einen Vermerk zu machen. Es wird alsdann im Falle eines Verlustes oder Schadens vermuthet, daß derselbe in Folge jener Mängel entstanden ist.

Ist aber auch die Annahme der Sendung wegen mangelhafter Beschaffenheit nicht beanstandet worden, so hat dennoch der Absender alle die Nachteile zu vertreten, welche erweislich aus einer vorschriftswidrigen Adressirung, Signirung, Verpackung und Verschließung hervorgegangen sind.

§. 22.

Frankirungs-
Vermerk.
Nicht oder un-
genügend
mit Marken
frankirte Briefe
nach Ländern,
wohin
Frankirungs-
zwang besteht.

Briefe u. s. w., auf deren Adresse der Frankirungs-Vermerk (frei, franco, fr. etc.) durchstrichen, radirt oder abgeändert ist, sind bei der Annahme zurückzuweisen. Wenn derartig beschaffene Briefe, oder Briefe mit dem Frankirungs-Vermerk, für welche das Porto durch Freimarken oder Franco-Couvertis nicht entrichtet worden ist, in Briefkästen vorgefunden werden, so wird die Ungültigkeit des Frankirungs-Vermerks amtlich attestirt, und die Briefe werden als unfrankirt behandelt.

Wenn Briefe nach Ländern, wohin Frankirungszwang besteht, von den Absendern unfrankirt oder ungenügend frankirt in die Briefkästen gelegt worden sind, so werden diese Briefe nicht abgesandt, sondern am Aufgaborte zurückbehalten und dem zu ermittelnden Absender Behufs der Frankirung zurückgegeben.

§. 23.

Nachfrage
nach angeblich
abhanden
gekommenen
Sendungen.

Der Absender kann den Erlaß eines Laufzettels bezüglich solcher zur Post eingelieferten Sendungen beanspruchen, für welche vertragsmäßig eine Garantieleistung übernommen ist.

§. 24.

Zurück-
forderung von
Postsendungen
durch
den Absender.

Die zur Post eingelieferten Sendungen können von dem Absender vor deren Zustellung an den Adressaten zurückgenommen werden.

Die Zurücknahme kann erfolgen am Orte der Aufgabe oder am Bestimmungsorte, ausnahmsweise auch, insofern dadurch keine Störung des Expeditionsdienstes herbeigeführt wird, an einem unterwegs gelegenen Umspeiditionsorte.

In welcher Weise sich derjenige, welcher eine Sendung zurückfordert, bei der absendenden Postanstalt über seine Berechtigung dazu und über seine Persönlichkeit auszuweisen hat, bestimmen die für jedes Postgebiet dieserhalb bestehenden Vorschriften.

Ist die Sendung bereits abgegangen, so hat derjenige, welcher dieselbe zurückfordert, den Gegenstand bei der Postanstalt des Abgangsorts schriftlich so genau zu bezeichnen, daß derselbe unzweifelhaft als der reclamirte zu erkennen ist. Die gedachte Postanstalt fertigt das Reclamations Schreiben aus, welchem die betreffenden Postanstalten Folge zu leisten haben.

Soll die Zurückforderung auf telegraphischem Wege geschehen, so darf eine desfallige Depesche nicht abgesandt, oder derselben Folge gegeben werden, wenn nicht die Postanstalt des Aufgaborts amtlich bescheinigt hat, daß der Absender sich als zur Zurückforderung berechtigt bei derselben legitimirt habe; daß dies geschehen, muß in der Depesche bemerkt sein.

Ist die Sendung noch nicht abgegangen, so wird von der Postanstalt das baar erlegte Franco, nicht aber das durch Marken entrichtete Franco zurückgegeben. Ist die Sendung durch Marken frankirt, so bleibt dem Absender überlassen, wegen Erstattung des betreffenden Betrages sich an die höhere Postbehörde zu wenden.

Ist die Sendung bereits abgesandt, so hat der Absender das Porto u. s. w. wie für eine gewöhnliche Retoursendung zu entrichten, und zwar bei Paketen und bei Sendungen mit declarirtem Werth, sowie bei Briefen mit Postvorschüssen bis zu und von dem Orte, von wo der Gegenstand zurückgesandt wird.

§. 25.

Auf Verlangen eines gehörig legitimirten Adressaten kann, sofern im einzelnen Falle keine dem Beamten bekannten Bedenken entgegenstehen, die Aushändigung einer Sendung an den Ersteren auch an einem Umspeditionsorte stattfinden, wenn dadurch keine Störung des Expeditionsdienstes herbeigeführt wird.

Aushändigung
von
Postsendungen
an
den Adressaten
an Umspe-
ditionsorten.

Ist die Sendung bei der Aufgabe frankirt, oder das Porto in einer Postkarte bereits berechnet, so hat es hierbei zu bewenden; im entgegengesetzten Falle wird das Porto nach Maßgabe der wirklich stattgehabten Beförderung berechnet.

§. 26.

Hat der Adressat seinen Aufenthalts- oder Wohnort verändert, und ist sein neuer Aufenthalts- oder Wohnort bekannt, so werden ihm gewöhnliche Briefe, Drucksachen und Waarenproben, ferner recommandirte Sendungen und Postanweisungen nachgesendet, wenn er nicht eine andere Bestimmung ausdrücklich getroffen hat.

Nachsendung
der
Postsendungen.

Bei Paketen mit oder ohne Werthdeclaration, bei Briefen mit declarirtem Werth, sowie bei Briefen mit Postvorschüssen erfolgt die Nachsendung nur auf ausdrückliches Verlangen des Absenders oder, bei vorhandener Sicherheit für Porto und Auslagen, auch des Adressaten. Der Adressat ist in solchem Falle von dem Vorliegen einer Sendung amtlich und portofrei in Kenntniß zu setzen.

§. 27.

Postsendungen sind für unbestellbar zu erachten:

- 1) wenn der Adressat am Bestimmungsorte nicht zu ermitteln und die Nachsendung (siehe §. 26) nicht möglich oder nicht zulässig ist;
- 2) wenn die Annahme verweigert wird;
- 3) wenn die Sendung mit dem Vermerk «poste restante» versehen ist und nicht binnen 3 Monaten, vom Tage des Eintreffens an gerechnet, von der Post abgeholt wird;
- 4) wenn es sich um eine Sendung mit Postvorschuß handelt, auch wenn sie mit poste restante bezeichnet ist, und die Sendung nicht innerhalb 14 Tage nach ihrer Ankunft am Bestimmungsorte eingelöst worden ist;
- 5) wenn bei Postanweisungen innerhalb 14 Tage nach ihrer Bestellung oder Abholung der Geldbetrag nicht in Empfang genommen worden ist;
- 6) wenn die Sendung Loose oder Offerten zu einem Glücksspiele enthält, an welchem der Adressat nach den für ihn geltenden Landesgesetzen sich nicht betheiligen darf, und wenn eine solche Sendung sofort nach geschehener Eröffnung durch den Adressaten an die Post zurückgegeben wird.

Behandlung
unbestellbarer
Postsendungen
am Bestim-
mungsorte.

Bevor in dem Falle ad 1 eine mit einem Begleitbriefe versehene Sendung mit

oder ohne Werthsdeclaration deshalb als unbestellbar angesehen wird, weil mehrere dem Adressaten gleichbenannte Personen im Orte sich befinden und der wirkliche Adressat nicht sicher zu unterscheiden ist, muß der Begleitbrief nach dem Aufgabsorte zurückgesandt werden, um den Absender, wenn derselbe an der äußern Beschaffenheit des Begleitbriefes erkannt oder sonst auf geeignete Weise ermittelt werden kann, zur näheren Bezeichnung des Adressaten zu veranlassen. Die Uebersendung des Begleitbriefes geschieht zwischen den Postanstalten unter Couvert und portofrei.

Alle anderen Postsendungen sind, wenn sie als offenbar unbestellbar erkannt worden, ohne Verzug nach dem Aufgabsorte zurückzusenden. Nur bei Sendungen, die einem schnellen Verderben unterliegen, muß, sofern nach dem Ermessen der Postanstalt des Bestimmungsorts Grund zu der Besorgniß vorhanden ist, daß das Verderben auf dem Rückwege eintreten werde, von der Rücksendung abgesehen werden, und die Veräußerung des Inhalts für Rechnung des Absenders erfolgen.

In allen vorgedachten Fällen ist der Grund der Rücksendung, oder eintretenden Falls, daß und weshalb die Veräußerung erfolgt sei, auf dem Begleitbriefe zu vermerken.

Die zurückzusendenden Gegenstände dürfen nicht eröffnet, müssen vielmehr noch mit dem vom Aufgeber aufgedruckten Siegel verschlossen sein. Eine Ausnahme hiervon tritt nur ein bezüglich der Briefe, welche von einer Person gleichlautenden Namens irrthümlich geöffnet wurden, und bezüglich der im ersten Absatz unter 6 bezeichneten Briefe. Bei irrthümlicher Eröffnung von Briefen durch Personen gleichlautenden Namens ist übrigens, sofern dies möglich ist, eine von letzteren selbst unter Namensunterschrift auf die Rückseite des Briefes niederzuschreibende bezügliche Bemerkung beizubringen.

Die Eröffnung des Begleitbriefes zu einem Pakete Seitens des Adressaten beziehungsweise seines Bevollmächtigten ist der Annahme der Sendung überhaupt gleich zu achten.

§. 28.

Sendungen,
welche an
Postanstalten
couvertirt sind.

Werden Briefe oder andere Gegenstände vom Absender an eine Postanstalt zum Vertheilen couvertirt, so kommt für jede im Couvert enthaltene Sendung das tarifmäßige Porto beziehungsweise die Assuranz-Gebühr in Ansatz.